

Ohne Gummi: Aids-Kampagne weckt Ängste

Gesundheit Die Aids-Hilfe Schweiz will HIV-positive Menschen «entdiskriminieren». Doch ihre neue Kampagne ist höchst umstritten. Fachleute und bürgerliche Politiker warnen vor Verwirrung – mit potenziell fatalen Folgen.

Beni Gafner und Stefan Häne

Es braucht keinen Schutz mehr beim Sex mit HIV-Positiven: Das ist die Kernaussage der jüngsten Kampagne der Aids-Hilfe Schweiz. Am 1. Dezember startet die Aktion, mit Plakaten und Screens auf Bahnhöfen und in Postautos. Die Berichterstattung von Schweizer Radio SRF von gestern – sie löst besorgte Nachfragen aus: Werden Aids-Erkrankungen verharmlost? Soll «im Minimum ein Gummi drum» plötzlich obsolet sein?

Carla Schuler, Leiterin Sozialdienst der Aids-Hilfe beider Basel, erklärt stellvertretend für die Aids-Hilfe Schweiz den Hintergrund: Es sei wissenschaftlich längst belegt, dass eine HIV-infizierte Person bei entsprechender erfolgreicher Therapie nicht infektiös sei. Schuler verweist auf Aussagen unter anderem der Eidgenössischen Kommission für Aidsfragen sowie des Bundesamts für Gesundheit (BAG) vor zehn Jahren. «Gleichwohl werden HIV-Positive heute noch immer stigmatisiert und diskriminiert.»

Schuler schränkt jedoch ein: «Unsere Prävention sagt noch immer: Schützen mit Kondomen ist nötig.» Kondome brauche es grundsätzlich, wenn man es mit Sexualpartnern zu tun habe, «die man nicht oder flüchtig kennt». Für Schuler ist klar: «Alle anderen Schutzverhalten müssen mit dem Sexualpartner diskutiert werden. Und dann müssen beide mit dem weiteren Vorgehen einverstanden sein.»

Wie die «Pille danach»?

Das sind klare Worte. Doch kommen sie beim Publikum auch richtig an? In Fachkreisen herrschen Zweifel. Es handle sich um eine gut gemeinte Kampagne für die Betroffenen und ihre Partner, aber nicht für die Öffentlichkeit, so Immunologe Beda Stadler. Die Aussage bei «erfolgreicher Therapie» mache für den Patienten Sinn, ein Laie aber könne sich darunter nichts vorstellen, so der emeritierte Professor. «Man suggeriert, dass eine Aids-Therapie als «Pille danach» verstanden wird, und untergräbt die anderen Kampagnen.»



HIV ist zwar therapierbar, die Krankheit aber bleibt unheilbar. Foto: Knief Synnatzschke (Plainpicture)



Die neue Kampagne lenkt den Fokus auf die Betroffenen. Foto: PD

Nicht nur Fachleute zeigen sich kritisch. Unter Gesundheitspolitikern fallen die Reaktionen mehrheitlich negativ aus. Am meisten Zuspruch findet die Kampagne in linken Kreisen. «Es

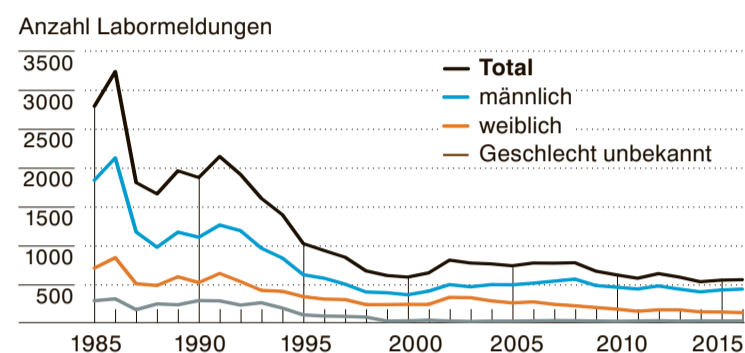
ist wichtig, dass die Stigmatisierung von HIV-Betroffenen angegangen wird», sagt Yvonne Feri. Die SP-Nationalrätin sieht die neue Aktion als gelungene Ergänzung zur klassischen Aids-Präventionskampagne Love Life, die parallel weiterläuft.

Keine Hilfe für Aidskranke

Doch selbst in der SP bestehen teils Vorbehalte. Nationalrätin Barbara Gysi hält zwar wie Yvonne Feri die Kampagne für grundsätzlich «wichtig und gut». Sie könne aber «zur Sorglosigkeit verleiten», wenn man sie nicht im Kontext der weiterlaufenden Love-Life-Kampagne betrachte.

Scharfe Kritik üben dagegen bürgerliche Parlamentarier. «Die Absichten hinter der neuen Kampagne sind redlich, bergen aber ein zu grosses Entwarnungs- und Verwirrungspotenzial», sagt BDP-Nationalrat Lorenz Hess. Solch differenzierte Botschaften würden sich mit massenmedialen Kampagnen nicht vermitteln lassen. Hess erinnert an die Zeit, als die ersten Anti-Aids-Therapien aufkamen: «Das allein hat dafür gesorgt, dass das Bewusstsein für die Gefahr gesunken und das Verhalten wieder risikoreicher geworden ist.» Joachim Eder, Präsident der ständerätlichen Gesundheitskommission, bezeichnet den Kampf gegen die

Gemeldete HIV-Fälle seit Beginn der Aidsstests



Grafik: mt/Quelle: Bundesamt für Gesundheit

soziale Ausgrenzung von HIV-positiven Menschen zwar als richtig. Prävention sei und bleibe für ihn aber grundsätzlich vordringlicher, sagt der FDP-Ständerat. «Entwarnung kann nämlich schnell zu einer Verharmlosung werden.»

Gar als «verantwortungslos» tituliert SVP-Nationalrätin Verena Herzog die Kampagne, banalisieren diese doch die Krankheit und mache die bisherige klassische Anti-Aids-Kampagne kaputt. «Die neue Kampagne», sagt Herzog, «hilft keinem einzigen Aidspatienten, der ihr zum Opfer fällt.» Die SVP-Politikerin macht auf einen weiteren Aspekt aufmerksam: Auch wenn Aids behandelbar sei, verursachen die heute recht erfolgreichen Therapien hohe Kosten, «die in aller Selbstverständlichkeit durch noch weiter steigende Krankenkassenprämien dem Bürger überwälzt werden.»

Geld vom Bund

Auch Herzogs Parteikollege Sebastian Frehner rückt die Finanzen in den Fokus: Es sei nicht Aufgabe der Aids-Hilfe, die Entdiskriminierung von HIV-Infizierten voranzutreiben, sondern die Zahl der HIV-Ansteckungen möglichst zu minimieren. Es mache schon fast den Eindruck, so Frehner, als suche die Aids-Hilfe Schweiz nach neuen Aufgaben. «Da ist offenbar zu viel Geld vorhanden. Wir müssen über eine Kürzung der Bundesbeiträge diskutieren.»

In die Kampagne selber fließen laut Bundesamt für Gesundheit aber keine Bundesgelder.

Die Aids-Hilfe erhält aber gleichwohl Staatsbeiträge – rund 1,5 Millionen Franken für ihre Präventionsleistungen. Das Parlament könnte also eine Strafkation vornehmen, indem es das Budget der Aids-Hilfe kürzt.

Gesundheitsminister Alain Berset (SP) würde solche Pläne kaum goutieren. Seine Fachleute im BAG signalisieren jedenfalls Unterstützung für die Kampagne. Der Welt-Aids-Tag vom 1. Dezember stehe ebenfalls im Zeichen der Solidarität mit HIV-positiven Menschen. Auch sei Solidarität ein wichtiges Thema im Nationalen Programm HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen (NPHS), erläutert ein BAG-Sprecher – und stellt umgehend klar: «HIV ist nach wie vor eine schwere, unheilbare Krankheit, die eine lebenslange, sehr konsequent angewendete Therapie erfordert.»

Bis 20 000 Menschen infiziert

Gemäss «Schweizerischer Ärztezeitung» leben zwischen 13 000 und 20 000 Menschen in der Schweiz mit HIV. Mit einer oder zwei Kombinationstabletten pro Tag könne die HIV-Replikation bei den meisten Infizierten unterdrückt werden, sodass die Behandelten das Virus nicht mehr weitergeben könnten. Die Zahl der HIV-Neudisagnosen war in den letzten 30 Jahren stark rückläufig, seit 2014 hat sie sich jedoch stabilisiert. 2016 wurden 542 neue HIV-Diagnosen gestellt (plus 1%). Der Frauenanteil bei den Neudisagnosen beträgt 20 Prozent. (bg)

Jeder dritte Teenager wird in sozialen Medien belästigt

Studie Cybergrooming hat in den letzten zwei Jahren zugenommen.

Sarah Fluck und Aleksandra Hiltmann

96 Prozent der 12- bis 19-Jährigen sind täglich online: unter der Woche im Schnitt rund zweieinhalb und am Wochenende vier Stunden lang. Zu diesem Schluss kommt die gestern vorgestellte James-Studie. Seit 2010 befragt die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) im Auftrag der Swisscom alle zwei Jahre über 1000 Jugendliche über ihr Medienverhalten.

Beliebt sind Streaming-Abos wie jene zum Videodienst Netflix oder der Musikplattform Spotify. Ein Drittel der Jugendlichen verfügt über einen solchen Zu-

gang – eine Verdoppelung zu 2014. Gamen gehört weiter zu den beliebtesten Tätigkeiten und beschäftigt die Befragten im Schnitt rund eine Stunde pro Tag. Zu den Must-haves gehört das Shooterspiel «Fortnite». Innert weniger Monate ist es zum beliebtesten Game aufgestiegen – unabhängig von Alter und Geschlecht.

Knapp die Hälfte der Jugendlichen (42%) hat schon einmal eine fremde Internetbekanntschaft getroffen. Die genauen Umstände dieser Treffen waren nicht Gegenstand der Befragung. So könne es sich hierbei auch um harmlose Dates oder Game-Partys gehandelt haben, geben die

Verfasser an. Doch können solche Treffen von Cybergroomern missbraucht werden. Darunter versteht man Personen, die Minderjährige gezielt über das Internet ansprechen, mit dem Ziel, sexuelle Kontakte anzubahnen. Dabei werden Kinder und Jugendliche belästigt und zum Versenden von Nacktaufnahmen oder zu Treffen aufgefordert.

Gemäss der Studie sah sich ein Drittel der Jugendlichen bereits einmal mit einer solchen Cybergrooming-Situation konfrontiert. Dies entspricht einer Zunahme von 11 Prozent zu 2014. «Die Täter sind vor allem Männer mit pädophilen Neigungen», sagt Co-Autorin Lilian Suter. Es sei wich-

tig, dass Jugendliche nicht zu viele Informationen preisgeben. So sollten sie nie den Wohnort nennen und sich bei einem Verdacht Hilfe holen. Allfällige Treffen sollten an einem öffentlichen Ort stattfinden und Personen aus dem Umfeld darüber informiert werden, rät Suter.

Ein besserer Schutz der Jugendlichen im virtuellen Raum hat im Bundeshaus einen schweren Stand: Mehrfach sind Vorstösse gescheitert, die einen Straftatbestand für das Cybergrooming einführen wollten. In Deutschland, Frankreich und Österreich ist die sexuelle Belästigung von Kindern im Netz derweil bereits ein Officialdelikt.

ANZEIGE

Die Schweiz ist selbstbestimmt. Sie ist eine lebendige Demokratie. Und sie hält sich an Verträge.

NEIN
zur «Selbstbestimmungs»-Initiative

Komitee «NEIN zur SBI», Postfach, 8032 Zürich

neinzursbi.ch